

# Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Vergl. Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3606-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Postfach-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: num-Zeile 55 Pfennig, Familien-Anzeigen: num-Zeile 20 Pfennig, Anzeig-Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [15 Pf.]. Nr 70

DONNERSTAG, 11. FEBRUAR 1932

MORGEN-AUSGABE

## Der Empfang bei Hindenburg

Entscheidung noch in dieser Woche

## Schwarzenbergplatz

Von KARL LAHM, Berichterstatler der Vossischen Zeitung

WIEN, 10. FEBRUAR

Reichspräsident Brüning hat gestern alsbald nach seiner Rückkehr aus Genf den Vorfall in einer Kabinetsitzung gelehrt, auf deren Tagesordnung als wichtigster Gegenstand die vom Reichspräsidentenministerium ausgearbeitete Notverordnung über die Bankenreform stand. Die Beratung dieses Verordnungs-Entwurfes ist aber nicht zu Ende geführt worden. Die Kabinetsitzung war nach kurzer Dauer zu Ende. Der Reichspräsident wird heute vom Reichspräsidenten zum Vortrag über Genf empfangen werden.

Das wichtigste und aktuellste Thema der inneren Politik, die Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl, wird in dieser Woche noch, wie in der „Wossifischen Zeitung“ bereits angeführt wurde, dadurch zu einem gewissen Abschluss kommen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg sich über die Annahme seiner Kandidatur erklären wird. Er wird sich nicht nur von dem General-Adjutanten und anderen Ausschüssen, sondern auch von großen Verbänden, wie dem Stahlhelmverband und dem Stahlhelm, angetragen werden.

Über den gefürchten Empfang der Stahlhelmführer Seidte und Schillerberg durch den Reichspräsidenten sind mehrere Versionen im Umlauf, z. B. die, daß dem Reichspräsidenten nahegelegt wurde, sich mit seiner Erklärung über die Annahme der Kandidatur bis zum Zusammentritt des Reichstages zu warten. Was diese Warnung schließen lassen, daß der „Stahlhelm“ vor der offiziellen Proklamierung der Hindenburg-Kandidatur einer Kompromißwahl ermachtet. Bei der Vertraulichkeit, die über Empfang beim Reichspräsidenten selbstverständlich ist und streng gehandhabt wird, ist eine Nach-

prüfung der verschiedenartigen Meldungen mit Zuverlässigkeit nicht möglich. Eines aber darf für gewiß gelten: daß der Reichspräsident, der sich nicht in den Kampf der Parteien einmischt, in ihn aber auch nicht sich hineinziehen lassen will, seine Zustimmung abwarten wird, die seine Kandidatur mit irgendwelchen politischen Veränderungen oder Zugehörigkeiten in Zusammenhang bringen könnte.

Der Empfang gestern hat sich übrigens nicht nur auf die Stahlhelmführung beschränkt, es war auch der Vorsitzende des Stahlhelmverbandes, General von Horn, zugegen.

Zwischen den Vertretern der „Vorgänger Front“ sind gestern die am Dienstag wieder aufgenommenen Redepredigten fortgesetzt worden. Ihr negatives Ergebnis ist lediglich bestätigt worden.

Die „Vorgänger Front“ ist im Herbst gebildet worden als eine Zweiggemeinschaft zum Sturz des Kabinetts Brüning. Ihre parlamentarische Offensive im Oktober ist zurückgeschlagen worden, seitdem hat sich diese Front immer mehr gelockert. Heute ist sie nur noch ein Name, aber kaum mehr ein Begriff. Sie gerübelte hat dem hartnäckig wiederholt, aber aussichtsloseren Versuch, sie zu einer Offensive gegen Hindenburg erneut zusammenzuschließen. Ob Eugen Berger sich von seinen Uneinigkeiten als Kandidaten wird nominieren lassen, ist fraglich. Für gewiß darf gelten, daß die Nationalsozialisten einen eigenen Reichspräsidenten aufstellen werden; da General von Epp abgeteilt zu haben scheint, wird Abgeordneter Dr. Fried genannt.

Fried gegen Hindenburg — in dieser Gegenüberstellung erschöpft sich auch die Kritik.

Es ist ein sehr schöner Platz, mit dem Reichspräsidenten die föhrligen Verfügungen gefolgt. Man spricht schon seit längerem in Wien von einer „Politik des Schwarzenbergplatzes“. Dort steht der Palast des Industrieunterverbandes, der mit hohen Unterstühtungen die Himmelsgewölbe gezeichnet hatte. Dort befindet sich am früheren Militärkasino das Parteiekretariat der Christlichsozialen. Und mit dem Blick auf das Schloß der Schwarzenbergs liegt das, reich, aber für die Umgebung hilflos, das kurz vor dem Krieg vollendete, mit mächtigen Bronzeerleuchtungsleuchten besetzte der französischen Gelehrten. Hier hat man die drei Komponenten der Politik des Schwarzenbergplatzes, die den neuen Regierungsausschuss vorbereitet hat.

Was ist ein französischer Kurs? Ist es ein legitimer Kurs? Das ist nicht mehr derselbe, den die deutsche Kurs ist, der noch vor wenigen Wochen galt, da wird man trotz abgewogener Regierungserklärung Burell II wohl überall einsehen. Man soll es am Schwarzenbergplatz mit aller Deutlichkeit hören, daß die Absichten und Pläne der Politik des Schwarzenbergplatzes erkannt sind, daß sie im gemeinsamen Interesse als unerträglich bezeichnet werden müssen und daß die fremde Beeinflussung, der jetzt die österreichische Wirtschaft gemaltem unterteilt werden soll, nicht hinzunehmen werden kann. Das gemeinsame Interesse verbietet es, zu den Vorgängen in Wien zu schweigen, zumal das, was der Kreis um den Präfekten Geipel unternimmt, dem nationalen Willen von 95 v. B. der deutschösterreichischen Bevölkerung tatsächlich zuzustimmen.

Nach hat Geipel die Übernahme des Rufnamens abgelehnt, aber sein Einfluß ist im Augenblick überragend. Die Ernennung Dr. Kleinböck zum Präsidenten der „Nationalbank“ — Oesterreichs Reichsbank — ist sein Werk. Dr. Kleinböck war der Anwalt der Bodencreditanstalt, deren Direktor einst jener Dr. Reich war, der jetzt in der Nationalbank abgewiesener ist. Die alte Vaterlandsliebe in Geipel-Freunde bleibt bestehen. Dazu die Ernennungen in der Kreditbank: ausländischer Direktor. Bleibt dem Holländer van Sengel auch Riif, obgleich die Franzosen sein Geld dort haben!

Schmick, ein anderer Vaterlandsmann Geipels, der ihm als Stützpunkt gegen Eberwein verstanden, hat alles Mögliche demontiert, nur das eine nicht, daß er bei seinem Antrittsbesuch in Paris von dortigen „maßgebenden Persönlichkeiten“ die Erklärung gehört haben will, Oesterreich sei nicht verhandlungsfähig, solange Eberwein im Amte bleibe. Damit war Dr. Eberwein gefolgt worden, den Außenminister auszubooten. Die französische Anleihe soll jetzt kommen. Wird sie? Der „Temps“ schreibt: „Nicht nur die Methode Eberweins, sondern gerade die Grundfläche seiner Politik werden aufgegeben werden müssen.“ Offiziell wartet man auch die Regierung Burell II auf eine baldige Anleihe zu hoffen. Die diese „Grundfläche“, die deutsche Richtung, wirklich aufgegeben werden, dafür soll Paris erst die Beweise erhalten. Man ist im Zuge, sie zu liefern.

Die Banken-Ernennungen erfolgen nach langer Aussprache mit dem französischen Außenminister Grafen Cazalet — demontiert und doch wahr. Die nächste Zeit wird noch weitere „Beweise“ erbringen. Da wäre z. B. die Hinzuahme eines französischen Bankiers in die Verwaltung der Bundesbahnen eine schöne Geste, wo doch der französische Handelsattaché in Wien, Pouchon, ein Freund der völligen Lösung der Bahn vom Staat ist, die auch von der christlichsozialen „Reichspolizei“ schon anempfohlen wurde. Darlehen auf die Bahn erhielt jetzt Zugunsten, alles Vorbereitungen für die Société Intercommunale des Chemins de fer Danubien-Donau. Die diese auch geben auf die Tabakfrage, wo doch gerade die Eberwein-Konflikte den zweiten Satz von ihren Tabak-Einnahmen für die neue französische Anleihe verpändete. Die eigentliche donauföderalistische Aussprache soll von den Franzosen, wie es heißt, nicht vor April gemindert werden. Was dahin wird menschliche Fortschritt nach die Auslösung in weit fortgeschritten sein, das ist festzustellen. Widerstand viel gegen Beibehaltung haben werden.

Wie mit Geipel seine Pläne durchgehen? „Seine Kombination ohne Deutschland“, so hat er einst gesagt. Die früheren großdeutschen Koalitionsgesellschaften sind ausgeschaltet. Der Landbund wird wohl bald folgen. Geipel wird dann

## Neuer Hebergriff in Memel

Landesdirektor Szigaud seines Amtes „entzogen“

Nach einer bisher unbekanntlichen Meldung ist Landesdirektor Szigaud, das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, das noch im Amte war, am Dienstag von dem „Landesdirektor“ Zolzigau gemaltem seines Amtes entzogen worden. Szigaud gab dem Verlassen seines Amtes eine schriftliche Erklärung ab, daß er wiederholt seine Bereitwilligkeit erklärt habe, die Amtsgeschäfte eines Landesdirektors weiterzuführen. Er werde jedoch an der Ausübung seines Amtes verhindert.

## Freitag vor dem Rat?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 10. FEBRUAR

Staatssekretär von Bülow hat heute nachmittag dem Generalsekretär des Völkerverbandes, Herr Drummond, erneut einen Besuch abgestattet und ihn darauf hingewiesen, daß Deutschland auf eine beschleunigte Behandlung seiner Wechselbeschwerden bestehen müsse.

Zusätzlich liegt noch der Erörterung des kausalen Außenministeriums Zuzunahme sein Grund für eine Vertagung der Angelegenheit war, da Estland hier in Genf sowohl durch seine Parteiliche Gesandten Klamas wie durch den früheren Berliner Gesandten Stöckmann vertreten ist.

Auf Grund der erneuten deutschen Vorstellung wird nun mehrschonlich spätestens am Freitag eine Statusfrage über die Wechsel-Frage einberufen werden. Sollte Estland seine Wechselbeschwerden verweigern und sich nicht vertreten lassen, so wird von deutscher Seite beantragt werden, daß ohne Estland verhandelt wird.

DANZIG, 10. FEBRUAR

In einer Jubiläumssitzung polnischer Studenten in Danzig wurde in verabschiedeten Worten die Förderung nach einer Vertagung Danzigs mit Polen erhoben. Bemerkenswert war bei dieser Angelegenheit die Anwesenheit von amtlichen Vertretern der Danziger diplomatischen Vertretung der

Republik Polen. Der Senat hat jetzt gegen die betreffenden Studenten durch die in Frage kommenden Amtsstellen die entsprechenden Maßnahmen ergreifen lassen. Gleichzeitig wird in einer Note an die diplomatischen Vertretung Polens gegen die Selbständigkeit der Danziger Studenten gerichteten Kundgebungen Protest erhoben.

## Sechs Kabinetsmitglieder in der Opposition

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. FEBRUAR

Bei den ersten Abstimungen über den Zollplan stimmten mit Nein: 57 Sozialisten, 28 Liberale und 2 Unabhängige. Mit Ausnahme von vier Abgeordneten gehören die liberalen Opponenten sämtlich zur Samuel-Gruppe.

Von der Regierung stimmten gegen die Gesetzesvorlage der Innenminister Sir Herbert Samuel, die Donau-Bezirke (Unterstaatsminister), Sir Archibald Sinclair (Minister für Schottland), Isaac Foot (Minister für Bergbau) und die Unterstaatssekretäre James Wolfe und Sir Robert Hamilton.

Ein weiterer Änderungsantrag der Arbeiterpartei, die Geltungsbereich des neuen zehnjährigen Wertzolls auf ein Jahr zu begrenzen, wurde ebenfalls mit 345 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

Auch im Oberhaus ist mit 73 gegen 7 Stimmen ein Antrag der Arbeiterpartei abgelehnt worden, in dem der Reichstag-Mehrheitsbeschluss zurückgezogen wurde, seinen eigenen Kabinetsmitgliedern die Abstimmung über das Regierungsjahresprojekt freizugeben.

\*

Als künftige britische Freizeitsporen nennt man London, Belfast, Liverpool, Glasgow, Hull, Newcastle und vermutlich Leith.